



# Internationaler Gleichklang

Bei der Besteuerung der digitalen Giganten könnte Österreich einen Alleingang wagen.

## Kommentar

••• Von Dinko Fejzuli

AUSREDEN. Im Jahr 2015 konnten Multis wie Google, Amazon, Nike und Co insgesamt 570 Milliarden Euro an Gewinnen in Steueroasen verlagern. Zum Vergleich: Im selben Jahr betrug das BIP nominell in Österreich insgesamt 344,49 Milliarden Euro und das Budget heuer rund 80 Milliarden Euro.

Die errechneten 570 Milliarden Euro an Gewinn, die hier von den Multis steuerschonend in diverse Oasen auf magische Weise weggerechnet wurden, sind gigantisch, entsprechen sie doch 40% der gesamten Gewinne, die multinationale Unternehmen weltweit im betreffenden Jahr überhaupt erwirtschaftet haben.

Das Fatale daran: Durch diesen Vorgang entgehen Industrieländern, insbesondere in der EU, aber auch Schwellen- und Entwicklungsländern, Einnahmen in großem Stil.

Die Zahlen stammen aus einer Studie des Ökonomen Gabriel Zucman und zweier Doktoranden von der Universität Kopenhagen.

Für Österreich heißt das, dass uns allen möglicherweise bis zu 900 Millionen Euro an Steuereinnahmen im Jahr entgehen.

Das sind 900 Millionen, die der Staat sonst für Schulen, Krankenhäuser, Altersvorsorge, die Polizei oder sonstige Aufgaben, die er aus Steuereinnahmen finanziert, bezahlt hätte.

Nun scheint Bewegung in die Sache zu kommen, denn die Österreichische Bundesregierung hat angekündigt, notfalls im Alleingang – also ohne den berühmten „internationalen Gleichklang“, auf den man sich immer ausreden konnte, wenn man selbst keine Entscheidung treffen wollte – die Gewinne von Facebook, Google, Amazon & Co in Österreich zu besteuern.

Und möglich werden soll das Ganze deshalb, weil bei dieser neuen Steuer nicht der Hauptsitz des Unternehmens zählt – denn die Multis haben alle einen Postkasten in irgendeiner Steueroase –, sondern der *Standort* des Nutzers. Verkauft also Facebook Werbung, die ich hier in Österreich sehen kann, wird eine Abgabe fällig. Um nicht wieder die heimischen Player zu treffen, gibts die Steuern erst ab einer sehr hohen Umsatzgröße.

”

*Wir haben uns bewusst für einen unkonventionellen Weg in der Kommunikation entschieden, bei dem uns auch bewusst war, dass er nicht nur auf einhellige Zustimmung stößt.“*

## Zitat des Tages

WKO-Sprecherin Sonja Horner über den TV-Spot zum 12-Stunden-Tag

## AKM: Mehr Umsatz & neuer Präsident

Peter Vieweger steht künftig der Verwertungsgesellschaft vor.

MEHRWERT. Die Verwertungsgesellschaft AKM vermeldet Steigerungen in allen relevanten Geschäftsbereichen. Die Umsatzerlöse gesamt sind auf 113 Mio. Euro gestiegen und liegen +4,9 Prozent über dem Vorjahr. Erfreuliche Nachrichten gibts auch für Tantiemenbezieher: Die Ansprüche beliefen sich im Berichtsjahr auf 98,3 Mio. Euro. Sie lagen damit um 3,9 Mio. Euro (+4,2 Prozent) über dem Vorjahreswert.

Die AKM zahlt trotz der Veränderung des Marktes und des Nutzerverhaltens die Rekordsumme von 98,3 Mio. Euro an ihre Bezugsberechtigten aus und hält den Spesensatz auf niedrigem Niveau. Im internationalen Vergleich ist man damit weiterhin die effizienteste Verwertungsgesellschaft für musikalisches Urheberrecht.

Auch in der Führungsebene gibt es News: Peter Vieweger, seit 2004 Vorstandsmitglied und seit 2013 Vizepräsident, wurde von der Mitgliederhauptversammlung als neuer Präsident der AKM gewählt und wird in dieser Rolle zumindest bis zur ordentlichen Neuwahl im Jahr 2020 tätig sein. „Die AKM und die ihr zugrundeliegende Idee der



Peter Vieweger, neuer Präsident der AKM, und Gernot Graninger, Generaldirektor AKM.

Verwertungsgesellschaft liegt mir sehr am Herzen. Ich werde meine Funktion als Präsident dazu nutzen, gemeinsam mit meinen Vorstandskollegen und der Geschäftsleitung neue Impulse zu setzen und sicherzustellen, dass wir weiterhin eine erfolgreiche AKM mit einem erfolgreichen Repertoire haben“, sagt Vieweger über seine Pläne als AKM-Präsident.



## BUCHTIPP

### Verzweifelte Republik

HISTORISCH. Walter Rauscher schildert in seinem Buch „Die verzweifelte Republik: Österreich 1918–1922“ die Existenzkrise der Anfangsjahre der Republik. Dabei geht er auf politische, wirtschaftliche und soziale Aspekte der Herausbildung des österreichischen Staats ein und zeigt, wie mühevoll und riskant dessen Entwicklung zu Beginn war – damals, als der von Wien aus regierte Staat als lebensunfähig galt.

224 Seiten; Kremayr & Scheriau; ISBN: 978-3218010863